

A10 (Ä1,3-6) Migrationspolitische Schwerpunkte auf Landesebene

Antragsteller*in: Aminata Touré (KV Neumünster)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Migrationspolitische Schwerpunkte auf Landesebene

2 Die migrationspolitische Debatte dominiert seit Wochen und Monaten den
3 öffentlichen Diskurs. Im Fokus stehen hierbei Fragen wie, wie Deutschland
4 weniger Menschen aufnehmen kann, Zurückweisungen an Grenzen forciert werden
5 können und wie die Zahl der Rückführungen erhöht werden kann. Zeitgleich führt
6 der zunehmende Überbietungswettbewerb von Abschottung und Abgrenzung dazu, dass
7 viele Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sich zunehmend die Frage
8 stellen, ob sie als Teil der Gesellschaft akzeptiert und respektiert werden.
9 Dass die Zahlen derer, die bei uns Schutz suchen, weiterhin hoch, aber geringer
10 als im Vorjahr sind, ist ein Spiegel der Weltlage. Weltweit sind laut UNCHR 120
11 Millionen Menschen auf der Flucht.

12 Der Ton, in der diese Auseinandersetzung stattfindet, besorgt uns:
13 Pauschalisierungen, Emotionalisierungen, schrille Parolen, das Missachten von
14 Grundgesetz und Europäischen Zusammenhalt und die Vermischung von
15 Extremismusbekämpfung und Asylrechtsverschärfungen.

16 Als BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein sehen wir uns in der
17 Verantwortung, klar Haltung zu zeigen für eine faire Asyl- und
18 Migrationspolitik, eine sachliche Debatte zu führen und darzustellen, welche
19 Aufgaben Regierungen und Parlamente in einer solchen Zeit haben.

20 Deshalb setzen wir uns als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein für
21 folgende migrationspolitische Schwerpunkte ein:

22 1. Ankommen in Würde

23 Für uns sind das Recht auf Asyl und die Rechte von Flüchtlingen nicht
24 verhandelbar. In der heutigen Zeit scheint es notwendig, sich zu diesem in
25 der Genfer Flüchtlingskonvention, in der Europäischen Menschenrechtskonvention,
26 in der EU-Grundrechtscharta und im Grundgesetz verbrieften
27 Rechte uneingeschränkt zu bekennen. Dies bedeutet für uns, dass das Recht, einen
28 Asylantrag zu stellen, Schutz zu erhalten und unterstützende Leistungen zu
29 erhalten, um würdig leben zu können, nicht nur eine Selbstverständlichkeit,
30 sondern auch Ausdruck unseres rechtsstaatlichen Handelns ist.

31 Damit das gelingen kann, braucht es ausreichend Plätze von Infrastruktur, die
32 das Erlernen der Sprache, Beratung, Betreuung und medizinische Versorgung
33 sicherstellt.[Zeilenumbruch]

34 Es braucht deshalb für Schleswig-Holstein ein dauerhaftes und atmendes
35 Standortkonzept für Erstaufnahmeeinrichtungen, das sich sowohl an den Zahlen der
36 zu uns kommenden Geflüchteten orientiert und wiederum auch berücksichtigt,
37 dass die Kommunen, in deren Gemeinde sich die Standortgemeinde für
38 Erstaufnahmeeinrichtungen befinden, besondere Unterstützung brauchen, um die
39 diese Aufgabe für Schleswig-Holstein zu übernehmen. Eine möglichst schnelle
40 Kreisverteilung für Menschen mit Bleibeperspektive halten wir nach wie vor für
41 die Grundvoraussetzung für Ankommen und Teilhabe an dieser Gesellschaft.

42 Außerdem machen wir uns stark für eine unabhängige und individuelle
43 Asylverfahrensberatung und arbeiten weiterhin daran, dass Flüchtlinge mit einem
44 besonderen Schutzbedürfnis - wie beispielsweise traumatisierte Flüchtlinge oder
45 Flüchtlinge mit Behinderungen - bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen
46 indentifiziert und die erlangten Informationen an die aufnehmenden Kommunen
47 weitergeleitet werden. Auf diese Weise wollen wir gewährleisten, dass einerseits
48 eine lückenlose Betreuung dieser Flüchtlinge stattfinden und andererseits die
49 Kommune sich auf ihre Ankunft vorbereiten kann.
50 In dieser Hinsicht wollen wir die Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen in den
51 Erstaufnahmeeinrichtungen insbesondere im Hinblick auf Psychotrauma, fördern.

52 2. Zugang zu Arbeit von Beginn an

53 Wir sind der Überzeugung, dass die beste Form der Integration die ist, die es
54 Menschen ermöglicht, selbstständig für sich und die eigene Familie zu sorgen und
55 sich von Sozialleistungen unabhängig zu machen. Viele geflohene Menschen haben
56 den Wunsch, beruflich schnell Anschluss zu finden, ihre Qualifikation und
57 Fertigkeiten hier einzubringen und möchten ihre Zeit und Energie in das eigene
58 Fortkommen stecken.

59 Wir wollen den Zugang zu Arbeit und Ausbildung so schnell wie möglich
60 ermöglichen.

61 Deshalb wollen wir zum einen, dass das Land sein Pilotprojekt zur
62 Arbeitsvermittlung in den Erstaufnahmeeinrichtungen perspektivisch auf alle
63 Erstaufnahmeeinrichtungen für alle Menschen mit guter Bleibeperspektive
64 ausgeweitet. So erhalten alle ab dem ersten Tag die Möglichkeit einer
65 Arbeitsmarktberatung. Seit April findet das Pilotprojekt in Boostedt und
66 Rendsburg statt. In 8 Schritten soll es in die Arbeitsvermittlung kommen:

- 67 1. Prüfung des Asylstatus und Voraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration
68 (für Menschen, die eine gute Bleibeperspektive haben, zwischen 18-63 Jahre,
69 Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan)
- 70 2. Gesprächsangebot beim Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge (Fragebogen
71 zu Grundkompetenzen mit Schwerpunkt auf soziale und pflegerische Berufe)
- 72 3. Auswertung durch die Bundesagentur für Arbeit
- 73 4. Beratungsgespräch mit dem Jobcenter vor Ort in der Erstaufnahmeeinrichtung
- 74 5. Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter und Landesamt für Zuwanderung und
75 Flüchtlinge beraten weiteres verfahren
- 76 6. Integrationsorientierte Verteilung in den dauerhaften Wohnort mit
77 Jobperspektive
- 78 7. Übermittlung der Daten an das Jobcenter und Zuwanderungsbehörde
- 79 8. Erfolgreiche Vermittlung in den Arbeitsmarkt und Perspektive auf
80 eigenständiges und selbstbestimmtes Leben

81 Zum Zweiten braucht es aber noch weitere Erleichterungen, damit die
82 Arbeitsaufnahme erfolgen kann. Viele Menschen haben ein konkretes
83 Beschäftigungsangebot und scheitern an den langen behördlichen Wartezeiten. Das
84 ist sowohl für die geflüchteten Menschen, für die potenziellen Arbeitgeber*innen
85 und Ausbildungsbetriebe als auch für die Sachbearbeitenden in den Behörden stark
86 belastend. Hier brauchen wir dringend Verbesserungen und werden uns auf Bundes-
87 und Landesebene für einen Bürokratieabbau und beschleunigte Verfahren einsetzen
88 – insbesondere bei der Erteilung der Beschäftigungserlaubnis und der Anerkennung
89 ausländischer Berufsqualifikationen.

90 Wie von unserem Vizekanzler Robert Habeck im Kontext der Haushaltsverhandlungen
91 auf Bundesebene vereinbart, werden wir die Einführung einer Genehmigungsfiktion
92 unterstützen, so dass die Arbeitsaufnahme als genehmigt erklärt wird, wenn
93 Zuwanderungsbehörden nicht innerhalb von 14 Tagen widersprechen. Die Entlastung
94 unserer Kommunen wäre enorm und ein großes Hemmnis im Arbeitsmarktzugang für
95 viele Menschen beseitigt. Wir machen uns hierfür stark!

96 3. Freiwillige Ausreise und Rückführungen

97 Auch wenn auf Bundesebene weitreichende und zu begrüßende Gesetze verabschiedet
98 wurden, wie zum Beispiel das Chancenaufenthaltsrecht oder das neue
99 Staatsangehörigkeitsrecht, sodass mehr Menschen die Möglichkeit haben ihren
100 Aufenthalt hier zu verfestigen und perspektivisch die deutsche
101 Staatsangehörigkeit zu erhalten, so sind wir uns im Klaren darüber, dass nicht
102 jeder Mensch, der einen Asylantrag stellt, die Bedingungen dafür erfüllt und
103 bleiben kann.

104 Wir sind der Überzeugung, dass die freiwillige Ausreise das beste und humanste
105 Instrument ist, wenn ein Aufenthalt beendet werden muss. Dafür müssen
106 ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit Rückkehrprogramme in
107 umfangreichen Maße stattfinden können.

108 Wir sind der Überzeugung, dass in der Vergangenheit weitreichende Gesetze zu
109 Rückführungen auf Bundes- und EU-Ebene beschlossen wurden, die zu harten
110 Verschärfungen führen werden: Zuletzt das Rückführungsverbesserungsgesetz im
111 Februar dieses Jahres und gerade auf europäischer Ebene die Reform des
112 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Diese Entwicklung war und ist für unsere
113 Partei sehr schmerzhaft. Weitere Verschärfungen dürfen nicht folgen.
114 Statt weiterer Gesetzesänderungen, braucht es nun vor allem die Umsetzung
115 geltenden Rechts und eine kritische Überprüfung dessen.
116 Bundesweit stellen wir Vollzugsdefizite mit Blick auf Rückführungen fest, trotz
117 sich ständig ändernder und verschärfender Rechtslage. Deshalb sind wir davon
118 überzeugt, dass eine Bündelung von bestimmten Personengruppen eine Entlastung
119 für die kommunalen Behörden bedeuten könnte. Wir wollen deshalb, dass künftig
120 Rückführungsfälle von ausländischen mehrfach Intensivtäter gebündelt in
121 Zuständigkeit des Landes übergehen.

122 Für uns als Grenzregion zu Dänemark sind Grenzkontrollen ein Problem, darauf hat
123 die Landesregierung in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen. Dauerhafte
124 Grenzkontrollen verhindern illegalen Einreisen nicht – wir brauchen unserer
125 Sicherheitskräfte an anderer Stelle. Und wir brauchen ein geeintes Europa und
126 keine Kleinstaaterei.

127 Alle Neuerungen müssen im Blick haben Verwaltungsaufwand ab- und nicht
128 aufzubauen.

129 4. Unterstützung der Kommunen

130 Jegliche migrationspolitischen Überlegungen können nur gelingen, wenn vor Ort
131 die Strukturen gut aufgestellt und gut finanziert sind. Integration kann nur
132 gelingen, wenn die Kommunen bei ihrer Aufgabe der Integration unterstützt
133 werden. Deshalb sind Bund und Land in der Pflicht diese bei ihrer Aufgabe
134 finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Es ist der richtige Weg, dass es
135 in Schleswig-Holstein regelmäßige Vereinbarungen mit den Kommunen gibt, bei
136 denen die Aufgaben gemeinsam definiert werden. Hierbei sind Programme von

137 sozialem Wohnraum notwendig, um den notwendigen Wohnraum bereitzustellen.
138 Außerdem braucht es ausreichend Personal an KiTas und Schulen, damit alle Kinder
139 die gleichen Startbedingungen haben. Genauso wichtig ist eine ausreichende und
140 flächendeckende medizinische und psychosoziale Versorgung.

141

142 Das Land hat für die Bandbreite an Themen eine Integrationsstrategie auf den Weg
143 gebracht, die fortlaufend aktualisiert und an die Bedarfe angepasst werden muss.

144 Wir begrüßen die Bemühungen des Landes, die bestehenden Strukturen des
145 Ehrenamtes aufrechtzuerhalten und bedarfsgerecht auszubauen und stellen fest,
146 dass die Integration in den Kommunen nach wie vor auch auf den Schultern von
147 Ehrenamtlichen liegt. Aus diesem Grund muss es unser Ziel sein, die
148 Ehrenamtlichen zu fördern und an den Stellen zu entlasten, wo es uns möglich
149 ist.

150 5. Stärkung der Ausländer- und Zuwanderungsbehörden

151 Trotz der finanziellen Unterstützung für Personal der Ausländer- und
152 Zuwanderungsbehörden im Rahmen einer Verabredung zwischen Land und Kommunen im
153 vergangenen Jahr, stellen wir fest, dass diese Maßnahme nicht ausreicht. Sie
154 sind in kommunaler Verantwortung, aber für alle Maßnahmen rund um Migration
155 brauchen wir funktionierende und gut ausgestattete Behörden. Der Personalmangel
156 ist das Nadelöhr und verlangsamt sowohl Prozesse der Integration, aber auch
157 Rückführungen. Wir setzen uns deshalb überall und auf jeder Ebene, in der wir
158 Verantwortung tragen, dafür ein, dass es zu einer Personaloffensive für die
159 Ausländerbehörden kommt.

160 6. Gesellschaft der Vielen

161 Wir verstehen uns als eine vielfältige Partei, die nicht nur den Anspruch
162 erhebt, Menschen mit Migrationsgeschichte eine Stimme zu geben, sondern auch
163 Interessen zu vertreten, die diese Lebensrealität abbildet. Menschen mit
164 Migrationsgeschichte sind keine homogene Masse und haben sehr unterschiedliche
165 politische Überzeugungen. Aber diejenigen, die mit unseren politischen
166 Grundsätzen übereinstimmen und diese vor allem auch über viele Jahre mitgeprägt
167 haben, sollen wissen, dass wir ihre politische Heimat sind. Dafür müssen auch
168 wir uns selbstkritischen Debatten unterziehen, die nicht außer Acht lassen
169 dürfen, dass durch politische Entscheidungen, die wir treffen, auch das
170 Vertrauen in uns an vielen Stellen verloren gegangen ist. Wir stehen weiterhin
171 für eine vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein und werden diese
172 Werte verteidigen und politisch leben.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Dieser Antrag wird gemeinschaftlich gestellt von

Aminata Touré, Anke Erdmann, Gazi Freitag und Catharina Nies.

Unterstützer*innen

Lasse Petersdotter (KV Kiel); Catharina Johanna Nies (KV Flensburg); Jan Kürschner (KV Kiel); Anke Erdmann (KV Kiel); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Friederike Löffert-Pokatis (KV Kiel); Malte Krüger (KV Steinburg); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Jasper Balke (KV Lübeck); Jörn Pohl (KV Kiel); Gazi Freitag (KV Plön); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Ramon Arndt (KV Steinburg); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Frederic Meyer (KV Kiel); Ullrich Kruse (KV Stormarn); Zoé Engel (KV Kiel); Bruno Hönel (KV Lübeck); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Torge Schmidt (KV Rendsburg-Eckernförde); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Jessica Leutert (KV Kiel); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Daniela Sonders (KV Kiel); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Reinhard Junge (KV Plön); Lukas Reithofer (KV Kiel); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Said Etejjari (KV Segeberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg); Britta Baar (KV Dithmarschen); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Jannes Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Matthias Lücke (KV Kiel); Peter Schüler (KV Lübeck); Burak Kocaaslan (KV Kiel); Annette Granzin (KV Ostholstein); Ann Christin Hahn (KV Pinneberg); Ulrike Täck (KV Segeberg); Birte Duggen (KV Lübeck); Mathes Rausch (KV Steinburg); Denise Kreissl (KV Segeberg)